



DIE THÜRINGENGESTALTER

Vereinsblatt DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

4. Ausgabe 2019

„Nichts weggeben, was in unserer Hand ist!“

Jahresmitgliederversammlung der THÜRINGENGESTALTER wählt neuen Vorstand / Verein muss mit geringeren Zuschüssen rechnen

Von Steffen Thormann

Traditionell fand unsere Jahresmitgliederversammlung im November statt, dieses Mal am 8. und in den schönen Räumlichkeiten des Gothaer Theatercafés. Musikalisch wurde sie durch die Beiträge des Liedermachers Olaf Bessert umrahmt.

Unser Vereinsvorsitzender Markus Gleichmann stellte vor den knapp 50 Gästen klar, dass der Verein die Stimmenverluste bei den letzten Kommunalwahlen in der Bildungsarbeit nicht merke. In vielen Kommunen habe ein Generationenwechsel stattgefunden. Als Bildungsverein sollten wir über die neuen Ideen froh sein und diese für die Bildungsarbeit bzw. neue Seminare nutzen. Auch wenn die Mehrheitsverhältnisse auf Landesebene erstmal unklar sind, ist der Landeshaushalt fest – daher können die Kommunen für das nächste Haushaltsjahr planen.

Als Hauptrednerin wurde in diesem Jahr Kerstin Kassner, die kommunalpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von DIE LINKE, eingeladen. Als ehemalige Landrätin auf Rügen sei ihr die Kommunalpolitik sehr wichtig: „Kommunalpolitik ist sehr individuell, und mein Anreiz ist es dafür Antworten zu finden.“ In ihrer Rede bezog sie sich vor allem auf nötige Veränderungen im ÖPNV. Wenn es um die Mobilität gehe, „müssen wir über die Orte und Gemeinden hinaus schauen“, so Kassner. Der ÖPNV muss stärker ausgebaut und genutzt werden, um die Emissionen weiter zu verringern. Dabei darf es allerdings nicht zur finanziellen Frage werden, ob man mobil sein kann oder nicht. Um als Kommune Mitspracherecht zu behalten, müssen die kommunalen Eigenbetriebe erhalten bleiben. „Gebt nichts weg, was in eurer Hand ist“, so ihr Plädoyer dafür. Von der Seite des Bundes ist die Unterstützung für die Rekommunalisierung gefragt. Für den gesamten ÖPNV gibt es vier Milliarden Euro mehr vom Bund.

Schatzmeister Andreas Schuster machte in seinem Finanzbericht deut-



Der neue Vorstand (ohne Frank Kuschel)

Foto: Die THÜRINGENGESTALTER

lich, dass der Verein finanziell solide gearbeitet hat. Das müsse er auch weiter tun, da die finanziellen Zuschüsse vom Land in den nächsten fünf Jahren weniger werden. Dadurch, dass die AfD nun zum zweiten Mal in Folge in den Landtag eingezogen ist, hat sie

nun die Möglichkeit, einen eigenen Bildungsverein aufzubauen. Das Geld, das dafür benötigt wird, bekommen die anderen Vereine dann weniger ausgezahlt. Aufgrund des guten Abschneidens der LINKEN zur Landtagswahl fallen die Verluste für DIE

THÜRINGENGESTALTER nur gering aus. Im Gegensatz dazu verliert die CDU fast ein Drittel der Zuschüsse vom Land.

Die gesamte Vereinsarbeit war von den Kommunal- und den Landtagswahlen gekennzeichnet, wie die Geschäftsführerin Katja Seiler im Tätigkeitsbericht darstellte. Vor und nach den Kommunalwahlen wurden zahlreiche Veranstaltungen, vor allem Schulungsangebote von unseren Mitglieder*innen wahrgenommen.

Viele der Kommunalpolitiker*innen waren fest in den

Landtagswahlkampf involviert, weshalb es schwer war, in diesem Zeitraum fachspezifische Veranstaltungen zu realisieren. Trotzdem wurden zwischen Januar und Oktober 29 Veranstaltungen in fast allen Landkreisen Thüringens durchgeführt. Obwohl wir uns es immer wieder aufs Neue vornehmen, ist es schwer einen Jahresplan mit allen Veranstaltungen zu erstellen. Viele der Angebote werden kurzfristig nachgefragt, weshalb das sicherste Informationsmedium das Internet ist.

Die Wahl des neuen Vorstands wurde mit Spannung erwartet. Um uns noch breiter aufzustellen beschlossen wir, dass der Vorstand von sieben auf acht Mitglieder erweitert werden soll. Markus Gleichmann wurde als Vorsitzender ebenso einstimmig bestätigt, wie sein Stellvertreter Ralf Plötner. Carolin Weingart wurde erstmals als stellvertretende Vorsitzende gewählt – ebenfalls einstimmig. Als Schatzmeister wurde Andreas Schuster wiedergewählt. Die weiteren Beisitzer wurden Ronald Hande, Frank Kuschel, Sascha Bilay und Nicole Griebbach.

Neues Format unserer Zeitung

„Wer rastet, der rostet“ – so lautet ein gängiges Sprichwort. Dementsprechend haben wir uns entschieden, etwas Neues auszuprobieren. Diese Ausgabe des Scheinwerfers ist die letzte in diesem Format – anders ausgedrückt: Es gibt Veränderungen. Gemeinsam mit der UNZ hat sich unser Vorstand dazu entschieden, anstatt einer vierseitigen Ausgabe, die alle drei Monate als Beilage erscheint, eine einseitige Ausgabe für alle 14 Tage zu wählen.

Diese Veränderungen bringen viele Vorteile für uns. Wir können noch aktueller über die wichtigen kommunalen Themen und unsere Arbeit im Freistaat berichten. Insgesamt bekommen wir sogar mehr Platz dafür. Unsere verschiedenen Rubriken, wie zum Beispiel unser Interview mit jungen Kommunalpolitiker*innen, bleiben erhalten. Allerdings werden sie dann nicht in jeder Ausgabe, sondern in größeren Abständen zu finden sein. Wir wollen euch damit noch besser über unsere Arbeit auf dem Laufenden halten.

Wenn ihr kommunale Themen habt, zu denen ihr euch gerne in unserer Zeitung zu Wort melden wollt, dann meldet euch per Email (info@thueringengestalter.de) bei uns.

Seite 2:

Sozialer Wohnraum und Teilhabe
Interview mit Hubert Krüger, Stadtrat in Weimar und Fraktionsvorsitzender

Seite 3:

Rot+Rot+Grün+X?
Auswirkungen der Landtagswahlen auf die Kommunalpolitik

Seite 4:

Städte werden sicherer Hafen
Jena und Weimar sind bereit, Flüchtlinge aus Seenotrettung aufzunehmen

In dieser Ausgabe:

Kommunalpolitik aus der eigenen Lebenswirklichkeit

In der Rubrik „Junge Kommunalpolitiker*innen vorgestellt“ lernt ihr heute **Hubert Krüger** kennen. Er ist 31 Jahre alt und sitzt seit 2019 im Weimarer Stadtrat. Als Teil einer Doppelspitze ist er Fraktionsvorsitzender DIE LINKEN. Das Interview führte **Steffen Thormann**.

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

Politisiert wurde ich im Rahmen der „Kein Blut für Öl“-Proteste gegen den Irakkrieg. Ich war damals 15 und habe den Behauptungen von Massenvernichtungswaffen nicht glauben können. Der Schritt zur ersten Demo kam dann schnell und als diese Hemmschwelle überwunden war, beteiligte ich mich auch an anderen Veranstaltungen wie den Protesten gegen das rechtsextreme „Fest der Völker“ in Jena oder später den Hochschulreformen von Ministerpräsident Althaus. In dieser Zeit machte ich meine ersten Erfahrungen mit der Kommunalpolitik.

Dies betraf vor allem die Schulpolitik des damaligen Jenaer Oberbürgermeisters Albrecht Schröter. Weil ein Schulgebäude verwendet werden sollte, um den Flächenbedarf der Verwaltung zu stillen, wurde die Schullandschaft im laufenden Betrieb umstrukturiert. Für Jahre im Voraus geplante Schritte wurden spontan vorgezogen und ehe ich mich versah, stand ich als Schüler des renommierten Carl-Zeiss-Gymnasiums in einem Schulgebäude am anderen Ende Jenas, das aus guten Gründen schon längst hätte abgerissen werden sollen, aber jetzt herhalten musste, weil man sich im Schüler-Hin-und-Hergeschlebe verplante hatte. Diese unhaltbare Situation wurde ein halbes Jahr später aufgrund der heftigen Reaktionen der Eltern beendet.

Selbst kommunalpolitisch aktiv wurde ich jedoch erst Jahre später, nachdem ich zum Studium nach Weimar gezogen bin. Ich wollte mich einbringen und war es leid, immer nur gegen etwas agieren zu können. Stattdessen wollte ich die Dinge aktiv verbessern und mitgestalten. Im Übereifer kandidierte ich als Stadtrat in einer Stadt, in der mich kaum jemand kannte. Als ich mit meinem kleinen dreistelligen Ergebnis nicht gewählt wurde, stellte ich mich bei der neuen Fraktion als berufener Bürger vor. Diese Position habe ich zehn Jahre lang wahrgenommen und die Stadträte in mehreren Ausschüssen beraten. Dieses Jahr, nachdem ich nun ein Drittel meines Lebens in dieser Stadt verbracht habe und mit meiner Familie hier fest verwurzelt bin, wurde ich selbst zum Stadtrat gewählt.

Für welche politischen Themen willst du dich einsetzen?

Ich habe mich für eine Vielzahl von Themen stark gemacht und werde dies weiter tun. Die Teilhabe aller Menschen der Stadt an unserer modernen offenen Gesellschaft steht natürlich



Foto: privat

weit oben. Hier reden wir von solchen Leistungen wie dem Sozialticket der Stadt, mit dem finanziell schlecht Gestellte vergünstigte ÖPNV-Tickets erhalten oder dem Ausbau öffentlicher WLAN-Netze, wofür, dank eines Antrags unserer Fraktion, nun 15.000 Euro Fördergeld an die Stadt gehen. Im Rahmen meines Fachgremiums, des Bau- und Umweltausschusses, versuche ich mich sowohl für die Interessen der einkommensarmen Weimarer einzusetzen als auch an die künftigen Generationen zu denken, für die ein konsequenter Klimaschutz unabdingbar ist.

Welche Möglichkeiten hat eine Kommune, um genügend sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen?

Die Kommune selbst kann leider nur indirekt aktiv werden. Dies hat viel mit der ewig klammen Haushaltslage von deutschen Kommunen zu tun und der Tatsache, dass sie nicht einfach diese Niedrigzinsphase nutzen können, um in neue Wohnungen zu investieren. Deswegen haben viele Kommunen eigene Wohnungsbauunternehmen, diese können als Kapitalgesellschaften agieren und unterliegen nicht den

gleichen Einschränkungen wie die Kommune selbst. Leider nutzen viele eben diese Tochterunternehmen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Das bedeutet, dass diese Unternehmen mit den Kaltmieten der meist einkommensschwachen Mieter dafür Sorge tragen, dass sich manche Gemeinderatsmitglieder damit rühmen können, die Gewerbesteuer nicht angehoben zu haben. Den Wohnungsbauunternehmen ihr Geld für den Bau neuer Sozialwohnungen zu lassen, wäre aber der wichtigste Schritt, um den Bedarf zu decken. Eine andere Möglichkeit der Kommune besteht darin,

private Investoren in die Pflicht zu nehmen. Sie kann z.B. über Bebauungspläne oder andere Satzungen festschreiben, dass ein gewisser Teil eines Areals für den sozialen Wohnungsbau vorzusehen ist. Wir hatten uns für diese Möglichkeit beim alten Schlachthofgelände stark gemacht. Der Investor stünde dann vor der Wahl, entweder diesen sozialen Wohnraum zu schaffen oder auf das Gesamtprojekt und damit seine Gewinnmöglichkeit zu verzichten.

Warum gehören gerade junge Menschen in die kommunalen Parlamente?

Kommunalpolitik hat viel mit den eigenen Lebenswirklichkeiten zu tun. Ein Politiker, der zuletzt Anfang der 90er in finanziellen Schwierigkeiten stand und einen Freundeskreis pflegt, dem es genauso geht, kommt schnell in die Versuchung zu glauben, dass dies der Normalfall in seiner Stadt ist. Dieses Wahrnehmungsdefizit beschränkt sich nicht nur auf den eigenen Geldbeutel, sondern auf alle Aspekte des Lebens. Wenn Politik ohne junge Menschen gemacht wird, entsteht Politik, die junge Menschen nicht berücksichtigt. Nicht aus böser Absicht, sondern weil die Entscheider sich nicht in ihre Alltagsrealität hineinversetzen können. In manchen Kommunen befinden sich nur Menschen mittleren oder gehobenen Alters in den entsprechenden Gremien. Wenn unsere Städte und Landkreise jugendfreundlicher werden sollen, muss sich besonders daran etwas ändern. Daher kann ich nur jedem interessierten jungen Menschen empfehlen sich einzubringen.

Thomas-Müntzer-Stadt Mühlhausen?

Kaum eine Persönlichkeit ist in der Stadt Mühlhausen so präsent wie Thomas Müntzer. Im Jahre 1524 zog der Pfarrer Thomas Müntzer in die Freie Reichsstadt Mühlhausen, um mit dem ehemaligen Zisterzienser Heinrich Pfeifer seine Idee von der „Gemeinschaft der Auserwählten Gottes“ umzusetzen. In Mühlhausen führten die sozialen Spannungen zu einigen Aufständen. Müntzer wurde Pfarrer an der Marienkirche und nahm den Kampf gegen die altgläubige Geistlichkeit auf. Der alte Stadtrat wurde am 15. März 1525 von Müntzer und seinen Anhängern gestürzt und der „Ewige Rat“ eingesetzt. Nach dem verlorenen Bauernkrieg wurde Müntzer am 27. Mai 1525 auf dem Richtplatz enthauptet.

Die Geschichte zeigt deutlich, dass Thomas Müntzer und die Stadt Mühlhausen eng miteinander verbunden sind. Zwischen 1975 und 1991 trug die Stadt Mühlhausen den Beinamen „Thomas-Müntzer-Stadt“. Nach der Wiedervereinigung wurde der Namenszusatz jedoch vom Stadtrat aufgehoben. Seitdem gibt es in der



Mühlhausen: idyllische Stadt mit viel Geschichte

Foto: pixabay

Stadtbevölkerung eine Diskussion über die Richtigkeit der Entscheidung. Die Konfliktlinie zieht sich durch alle Bereiche der Gesellschaft.

Die Mühlhäuser Stadtratsfraktion der Linken startete im Mai nochmal einen Versuch, den Beinamen vom Stadtrat neu beschließen zu lassen. Die Diskussion um den Namen wurde dadurch neu entfacht und es wurden Stimmen in der Stadtbevölkerung

laut, die forderten, die Menschen im Rahmen einer Befragung selbst entscheiden zu lassen. Der Stadtrat kann dies durch ein Ratsreferendum möglich machen. Diesen Diskussionsprozess wollen wir als kommunalpolitischer Bildungsverein unterstützen. Voraussichtlich im ersten Quartal des neuen Jahres werden wir zu diesem Thema eine Veranstaltung in Mühlhausen durchführen.

Auswirkungen der Landtagswahlen auf die Kommunalpolitik

Von Steffen Thormann

Selten wurde eine Wahl mit solch einer Spannung erwartet wie die Thüringer Landtagswahl am 27. Oktober. Ab 18 Uhr richteten sich alle Blicke auf die Landeshauptstadt Erfurt, in der die ersten Hochrechnungen veröffentlicht wurden. Am stärksten gestiegen war die Wahlbeteiligung, von 52,7 auf fast 65 Prozent.

Mit knapp 31 Prozent wurde DIE LINKE. stärkste Kraft im Thüringer Landtag. Dies gelang der Partei vorher noch nie in einem deutschen Landesparlament. Der Erfolg ist auf die gute Regierungsarbeit und die hohe Beliebtheit des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zurückzuführen. Die beiden Koalitionspartner SPD und Grüne verloren hingegen Stimmen. Die SPD ist sogar erstmals seit der Wiedervereinigung im einstelligen Bereich (8,2 Prozent). Vom allgemeinen Bundestrend konnten die Grünen in Thüringen nicht profitieren und blieben mit 5,2 Prozent weit hinter den Erwartungen zurück.

Ein weiterer klarer Verlierer der Landtagswahlen ist die CDU. Obwohl Spitzenkandidat Mike Mohring immer wieder gebetsmühlenartig eine starke Mitte heraufbeschwören wollte, verlor seine Partei ein Drittel der Stimmen und wurde nur drittstärkste Kraft. Die AfD konnte ihr Ergebnis verdoppeln und erreichte 23,4 Prozent der Stimmen. Bis zum letzten Moment musste die FDP um den Einzug ins Parlament bangen. Wenige Stim-



men gaben am Ende den Ausschlag dafür, dass die FDP nun im Landtag vertreten sein wird.

Was bleibt nun nach den Landtagswahlen? Die rot-rot-grüne Landesregierung, die viel auf der kommunalen Ebene erreichen konnte, wurde durch die Thüringer Wählerinnen und Wähler nicht bestätigt. Die Verhandlungen zwischen den demokratischen Parteien im Parlament gestalten sich schwierig. LINKE, SPD und Grüne gaben wenige Tage nach der Wahl bekannt, trotzdem weiter zusammenarbeiten zu wollen und auch gemeinsam eine Minderheitsregierung zu führen. Die kann allerdings nur mit einer Tolerierung bzw. thematischen Zusammenarbeit mit FDP oder CDU funktionieren, was beide Parteien bisher ablehnten.

Trotz der großen Verluste schließt die CDU eine Koalition der Mitte mit Grünen, SPD und FDP nicht aus.

Diese Option scheint aufgrund der klaren Positionierung von SPD und Grünen zu Ramelow aber eher unwahrscheinlich.

Wenn die CDU nicht weitere fünf Jahre auf der harten Oppositionsbank Platz nehmen möchte, steht sie nun vor einer echten Zerreißprobe. Obwohl im Wahlkampf die Zusammenarbeit mit AfD und LINKE ausgeschlossen wurde, machen sich Stimmen im Landesverband breit, die sich für Gespräche mit einer der jeweiligen Parteien aussprechen.

Der Ostbeauftragte der Bundesrepublik, Christian Hirte, legte Mohring ans Herz, sich zur Ministerpräsidentenwahl dem Landtag zu stellen. Dahinter verbirgt sich jedoch die Gefahr, dass sich Mohring mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen lässt und die Partei um Björn Höcke damit zu einer echten Handlungsoption macht.

CDU-Landrat Werner Henning (Eichsfeld) forderte seine Abgeordneten auf, Mohring nicht zu wählen. Fraktionsvize Michael Heym regte hingegen an, Gespräche mit der AfD zu führen. Die Entscheidung in dieser Frage wird wegweisend für die kommende Legislatur.

Für die kommunale Ebene bedeutet das, dass es noch dauern kann, bis Stabilität in der Regierungsarbeit eintritt. Bis dahin ist es zu erwarten, dass im Parlament aufgrund fehlender Mehrheiten nur wenig thematisch gearbeitet werden kann. Wichtige Themen wie ein gemeinsamer Verkehrsverbund müssen warten, bis sie weiter thematisiert und umgesetzt werden können. Im Falle einer Minderheitsregierung könnte es sein, dass die Entscheidungen länger dauern und möglicherweise durch härtere Kompromisse gekennzeichnet sind.

Fotos: Die LINKE Thüringen

Wie können wir Thüringen verbinden?

Von Gudrun Lukin

Thüringen ist ein Flächenland und abseits der Autobahn A4 durch kleinere Kommunen gekennzeichnet. Ihre Anbindung soll zukünftig wesentlich attraktiver und trotzdem ökonomisch/ökologisch sinnvoll gestaltet werden. Mit öffentlicher Mobilität müssen „Tür-zu-Tür“-Angebote für alle Menschen möglich sein. Unser Ziel ist es nach wie vor, sowohl die Zahl, die Qualität und die Barrierefreiheit von Bus- und Bahnangeboten zu erhöhen, als auch eine einfache, übersichtliche, preiswerte und thüringenweit geltende Ticketstruktur zu schaffen.

Einiges wurde erreicht: Seit 2017 fördert der Freistaat landesbedeutende Buslinien und verbindet so ländliche Gebiete mit der Schiene zu einem übergeordneten, vertakteten Bahn-Bus-Netz. Flexible Bedienformen wie Anruf-Sammeltaxi, Rufbusse, teilweise Bürgerbusse, Elektroroller oder Mitnahmegelegenheiten ergänzen vielerorts das Angebot. Eine entscheidende Verbesserung und Vereinheitlichung der Fahrgastinformation in Echtzeit wird durch die Implementierung der „Datendreh-

scheibe“ erreicht. Damit werden thüringenweit den Fahrgästen und den Verkehrsunternehmen die notwendigen Daten zur Verfügung gestellt, dazu aber auch demnächst Informationen über touristische Ziele und weiterführende Mobilitätsangebote.

Ab dem ersten Quartal 2020 soll eine weitere Neuerung im Verkehrsverbund Mittelthüringen eingeführt werden. Das in Erfurt als Pilotprojekt gut angenommene „Check in – Check out“ Projekt. Die von Nutzern über eine App eingegebenen Ein- und Ausstiegsdaten, egal ob in Straßenbahn oder Bus, führen zur automatischen Berechnung des günstigsten Tarifs, zuerst nur am jeweiligen Tag, später auch für Wochen. Ein gut angenommenes, thüringenweit für Bahn und Bus (bis auf den Landkreis Greiz geltendes) Azubiticket, das Rennsteigticket für Touristen sind Beispiele für Angebote, die geeignet sind, die Attraktivität des ÖPNV zu steigern.

Nach wie vor sind aber die Einstiegshürden für den Nahverkehr in Thüringen hoch. Ein Tarifdschungel, nicht immer zwischen verschiedenen Verkehrsträgern und Unternehmen kreisübergreifend abgestimmte Angebote, fehlende Kapazitäten, zuneh-



Foto: pixabay

mender Engpass bei Fachkräften – es gibt noch viel zu tun. Umso notwendiger ist es, Mobilität für alle gut, einfach und kostengünstiger zu ermöglichen. Ein thüringenweit abgestimmter Verkehrsverbund wäre ein wichtiger Schritt dazu. Ein wichtiger Baustein ist dabei der seit Jahren steigende Fahrgastzahlen aufweisende Verkehrsverbund Mittelthüringen. Eine Studie von 2016 zur Ausweitung des VMT (über dessen Struktur durchaus diskutiert werden kann) zeigt Etappen für diesen Weg auf. Das Land unterstützt interessierte Landkreise und Verkehrsunternehmen bei entste-

henden Harmonisierungs- und Durchtarifizierungsverlusten. Vor allem der Saale-Orla-Kreis und Saalfeld-Rudolstadt haben Interesse an einem Beitritt gezeigt. Diese Entwicklung gilt es fortzusetzen, auch auf dem Weg von Kooperationen oder gemeinsamen Projekten.

Nicht nur ein 365-Euro-Ticket wie für die SchülerInnen in Hessen, auch landesweit mögliche Job-, Senioren-, Semester- oder Sozialtickets lassen sich über einen landesweiten Verkehrsverbund wesentlich besser darstellen und mit Landesunterstützung ermöglichen. Auch der Mehrwert an gut getakteten Bus-Bahn-Verbindungen, Umsteigehaltestellen, an besserer Erreichbarkeit touristischer Ziele mit dem ÖPNV, an abgestimmten Fahrplänen, Mobilitätsangeboten und Informationen sind lohnende Ergebnisse eines thüringenweiten Verkehrsverbundes.

Macht eure Stadt zu einem sicheren Hafen!

Von Lena Saniye Güngör

Jeden Tag ertrinken im Mittelmeer Menschen, die aus ihren Heimatländern geflohen sind. Laut der Internationalen Organisation für Migration (UNHCR) starben im Jahr 2018 mehr als 2.200 Männer, Frauen und Kinder bei dem Versuch, das europäische Festland zu erreichen. Organisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“, „Sea-watch“, „Seaeeye“ oder „Jugend rettet“ versuchen zu helfen. Aber selbst wenn das Einlaufen der Rettungsschiffe gelingt, verweigern die europäischen Länder oft die Aufnahme der Geflüchteten. Hier ist zivilgesellschaftliches Engagement gefordert.

In seiner Sitzung im August 2018 war der Jenaer Stadtrat deshalb mehrheitlich folgendem Antrag gefolgt:

„Die Stadt Jena bekennt sich zu Offenheit und Humanität gegenüber in Not geratenen Menschen. Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Stadt Jena ist bereit, einen Beitrag zu leisten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern, bis eine neue europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren, die Integration oder Rückführung von Geflüchteten beschlossen wird. Dem Oberbürgermeister wird als dem Repräsentanten der Stadt empfohlen, sich dem offenen Brief der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge, Mirjam Kruppa, anzuschließen.“

Diesem appellativen Beschluss sollten konkreten Maßnahmen folgen, indem die Stadt Jena sich zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen erklärt. Deshalb wurden in der Sitzung im April 2019 des Jenaer Stadtrats die folgenden Beschlusspunkte



Proteste für Seenotrettung in Erfurt ...

Foto: UNZ

eingbracht: „Die Stadt Jena erklärt sich bereit, geflüchtete Menschen aus der Seenotrettung sofort und über den Verteilerschlüssel hinaus aufzunehmen. Das Land wird aufgefordert, sich an den Kosten gemäß Verteilerschlüssel zu beteiligen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzung für die Aufnahme dieser Menschen zu schaffen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen. Damit ist Jena seit dem 10. April 2019 die erste Stadt in Thüringen und die 48. Stadt in Deutschland, die sich bereit erklärt, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Anfang Dezember schloss sich Weimar an. Die Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einver-

nehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Thüringen hergestellt.

Die begriffliche Bezeichnung als sicherer Hafen geht auf die internationale Bewegung der Seebrücke zurück, welche von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft getragen wird.

Sie eint die Solidarisierung mit allen Menschen auf der Flucht und erwartet von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind.

Von den durch Seebrücke aufgestellten Forderungen hat der Stadtrat Jena konkret drei beschlossen: Die öffentliche Solidaritätserklärung, die Aufnahme geflüchteter Menschen zusätzlich zur Quote sowie die transparente Veröffentlichung aller unternommenen Handlungen, mit denen die Kommune zu einem sicheren Hafen wird.

Je mehr Städte sich zusammenschließen, umso deutlicher das Signal; Beispielsweise durch eine Einbringung über den deutschen Städtetag als Vertretung der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, Europäischer Union und zahlreichen Organisationen. Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen – das geht auch über kommunalen Druck.

Termin

Planungsrecht – (K)ein Buch mit sieben Siegeln

18. Januar, 10-15 Uhr, Geschäftsstelle der THÜRINGENGESTALTER, Trommsdorffstraße 4, Erfurt

Die Grundlagenveranstaltung soll Sie als kommunale/r Mandatsträger*in in die Lage versetzen, planungsrechtliche Inhalte und Verfahren zu verstehen. Verwaltungen arbeiten gerade in diesem wichtigen städtebaulichen Bereich mit der Unwissenheit der Mandatsträger*innen. Die Materie ist komplex und für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Hinzu kommen ständig rechtliche Neuerungen, wie die Städtebaurechtsnovelle vom Mai 2017. Lassen Sie sich nicht abschrecken, denn das Thema ist durchaus interessant und praxisnah, was an verschiedenen Praxisbeispielen verdeutlicht wird. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Sie interessieren sich für die Vereinsaktivitäten oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Die THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
Mail: info@thueringengestalter.de
www.thueringengestalter.de

Die Thüringengestalter erhalten als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).



... und in Jena

Foto: Felix Ihle